



06.14

Editorial

Non-Profit Management

Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz
Nachlass-Fundraising

Arbeitsmarkt

Mindestlohnregime in Europa
Multitasking – leistungssteigernd oder überfordernd?

Bildung

Erhöhte Stressbelastungen bei Erzieherinnen und Erziehern

Europa

Politische Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung

Gesellschaft

Bierduschen künftig mit „Craft Beer“?

Materialien

Manfred Spitzer: Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

stellen Sie sich vor, sie wollen sich diese komplizierte Geschichte mit vielen Zahlen merken: „Zweibein sitzt auf einem Dreibein und isst ein Einbein. Da kommt ein Vierbein und will das Einbein haben. Zweibein wirft mit dem Dreibein nach dem Vierbein und behält das Einbein.“

Können Sie diese Sätze auswendig wiedergeben? Wenn Sie es versuchen, werden Sie wahrscheinlich mit den Zahlen durcheinander kommen. Aber probieren Sie es einmal mit folgender Geschichte: „Ein Mann sitzt auf einem Hocker und isst eine Hähnchenkeule. Da kommt ein Hund und will den Knochen haben, worauf der Mann den Hocker nach dem Hund wirft und sein Hähnchen weiterisst.“ Mit dieser Geschichte im Kopf können Sie ganz schnell abstrahieren und die richtigen Zahlen an der richtigen Stelle wiedergeben.

Sich Namen und Gesichter merken, Fachbegriffe und Fremdwörter einprägen, Reden frei halten, Argumente und Aufgabenlisten immer parat haben – wer wünscht sich das nicht? Der renommierte Gedächtnistrainer Franz-Josef Schumeckers zeigte in seinem Vortrag „Spielerisch zum perfekten Gedächtnis“ am 21. Mai 2014 in Köln Kunden der Bank für Sozialwirtschaft, wie dies mit Leichtigkeit und ohne mühsames Auswendiglernen möglich ist.

Vokabeln und Fremdwörter kann man sich beispielsweise besonders gut über Ersatzbilder einprägen. Dass Auto auf Spanisch „coche“ heißt, lässt sich über die Verknüpfung des Autos mit dem Bild einer Kutsche gut merken. An das lateinische Wort für „liegen“ – „cubare“ – kann man sich z. B. erinnern, indem man sich vorstellt, in Cuba am Strand zu liegen. Jeder spontane Einfall, jede unmittelbare persönliche Assoziation mit einem Wort ist gut, um sich ein Bild zu schaffen, das sich mit dem abstrakten Begriff verknüpfen lässt. Denn die rechte Gehirnhälfte, die für Bilder, Emotionen und die Phantasie zuständig ist, hat unendlich viel Speicherplatz. Die linke dagegen, in der Zahlen, Daten und Fakten hinterlegt sind, kann nur sehr wenig registrieren. Um sich einzelne Namen, Fachbegriffe oder Zahlen zu merken, muss also eine Verbindung zur rechten Gehirnhälfte hergestellt werden. Dies geschieht am besten über Assoziationen und Ersatzbilder.

Wer sich also merken möchte, dass der Fachbegriff für Kraftlosigkeit „Asthenie“ lautet, könne sich die Eselsbrücke „Der Ast hält nie“ bauen. Oder wer sich dauerhaft an den komplizierten Namen von Herrn Omieszynski erinnern will, kann daraus „Omi fährt schön Ski“ machen. Beides zeigt: Die bildliche Vorstellung lässt sich leichter abrufen als das losgelöste Wort. Wenn man sich dazu noch ein auffälliges Merkmal von Herrn Omieszynski, wie eine Narbe, ein Bart oder eine bestimmte Frisur, zusammen mit dem Bild einprägt, kann man auch Namen und Gesicht leichter wieder zusammenbringen.

Für Ablaufpläne, Ansprachen, Argumente oder To-do-Listen ist laut Schumeckers die Routenmethode besonders gut geeignet. Dabei belegt man Orte mit bestimmten Dingen und merkt sich die Kombination bildlich. Ein Beispiel mit Körperteilen als Orte: die Einkaufsliste. Will man Milch, Eier und Pommes Frites kaufen, so stelle man sich vor: Ich stehe mit den Füßen in der Milch. An den Knien habe ich Eier aufgeschlagen, die mit an den Beinen herunterfließen, und aus den Hosentaschen quellen fettige Pommes.

Die Bilder lassen sich beliebig erweitern. Wichtig ist nur, feste Orte (in diesem Fall Körperteile) in einer bestimmten Reihenfolge (Route) im Kopf zu haben, die man dann, je nach dem, was man sich merken möchte, mit unterschiedlichen Bildern belegt.

Auch in der eigenen Wohnung lassen sich leicht zwanzig Orte finden, mit denen man sich eine solche Route anlegen kann. Die Methode funktioniert mehrfach mit verschiedenen Themen, weil dabei immer wieder neue Assoziationen und Bilder entstehen, die sich die rechte Gehirnhälfte mühelos einprägen kann.

Gut für Ranglisten, Hausnummern, Postleitzahlen, Telefonnummern und PINs sei dagegen die Zahlenmethode, so Schumeckers. Hierbei werden die Ziffern von 0 bis 12 mit Bildern belegt. Statt der Zahlen merkt man sich nun die Bilder: Will ich also z. B. die Durchwahl -485 behalten, so denke ich künftig an einen Stuhl, den ich auf der Achterbahn mit meiner Hand fest umklammere. Der Stuhl steht für die 4, die Achterbahn für die 8 und die Hand für die 5. Natürlich muss man die Verknüpfung ein paarmal wiederholen, bis sie sich gefestigt hat, aber das Bild lässt sich leichter behalten als die Zahl.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine erinnerungswürdige Lektüre!

Ihre Redaktion

Für Kunden der Bank für Sozialwirtschaft findet der Vortrag von Franz-Josef Schumeckers ein weiteres Mal am 8. Oktober 2014 in Berlin statt. Dem Thema „Geistige Leistungsfähigkeit“ widmen sich auch der Artikel zum „Multitasking“ und die Buchrezension über „Digitale Demenz“ von Manfred Spitzer in dieser Ausgabe der trend informationen.

Non-Profit Management

Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz

In den Medien wird häufig der Eindruck erweckt, die Wohlfahrtspflege hänge am Tropf des Staates. Vielfach herrscht der Gedanke vor, man müsse dankbar sein, dass der Staat so viel Geld für die Freie Wohlfahrtspflege zur Verfügung stellt.

Aber wie verhält sich das genau, wo geht das Geld des Staates hin? Fließt etwas zurück und wenn ja, wie viel? Diese Frage wurde vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der Hochschule Koblenz (IBUS) und der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz wissenschaftlich untersucht. Die Studie „MehrWertSchöpfung – Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz“ wurde am 9. April 2014 auf dem ersten Sozialwirtschaftskongress der LIGA in Mainz vorgestellt. Finanziell unterstützt wurde die Sozialwirtschaftsstudie von der Lotto-Gesellschaft Rheinland-Pfalz und der Bank für Sozialwirtschaft.

Alleinstellungsmerkmal der Studie

Die vorgelegte wissenschaftliche Arbeit versucht, die Sozialwirtschaft in Rheinland-Pfalz ökonomisch zu erfassen, was bereits in mehreren anderen Bundesländern stattgefunden hat. In Rheinland-Pfalz bestand erstmals durch die enge Zusammenarbeit von IBUS und LIGA die Möglichkeit einer Vollerhebung. Die sehr hohe Beteiligung und die gute Qualität der zur Verfügung gestellten betriebswirtschaftlichen Informationen ermöglichten es den Forschern Nicole Kukula, Stefan Sell und Birte Tiedemann auf qualitativ hochwertige Daten zurückzugreifen. Bei seinen Berechnungen ist das Forscherteam von sehr konservativen Annahmen ausgegangen, so dass bei den ermittelten ökonomischen Effekten von Untergrenzen ausgegangen werden kann. Darüber hinaus haben sich die Forscher auf nachvollziehbar ökonomische Wirkungen beschränkt.

Vorgehensweise

Im dem Forschungsprojekt wurden von Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege aus den Sektoren Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Eingliederungs- und Suchtkrankenhilfe sowie Altenhilfe betriebswirtschaftliche Kennzahlen erhoben und bewertet. Zusätzlich wurden die jeweiligen Verwaltungsanteile der Sektoren mit einbezogen, die für die Umsetzung der sozialen Arbeit notwendig sind. Folgende Bereiche wurden untersucht: Tätigkeitsfeld, Region, Klienten-/Kundenanzahl, wirtschaftliche Situation (Umsätze, Kosten, Finanzierungsstruktur), Beschäftigung und Vergütung.

Um das wirtschaftliche Gewicht der sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Organisationen darzustellen, wurden Berechnungen hinsichtlich der Wertschöpfung der rheinland-pfälzischen Sozialwirtschaft durchgeführt. In der Studie wurden die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege anhand von amtlichen Statistiken in den Wirtschaftszweig der Gesundheits- und Sozialwirtschaft eingeordnet. Danach erfolgte eine genaue Beschreibung und Berechnung der Wertschöpfung und des Mehrwertes sozialwirtschaftlicher Einrichtungen am Beispiel der Heimerziehung im Landkreis Bernkastel-Wittlich. Mit den Umfrageergebnissen für die drei Sektoren Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Eingliederungs- und Suchtkrankenhilfe sowie Altenhilfe wurden dann analoge Berechnungen für das gesamte Bundesland angestellt.

Einige Aspekte der Mehrwertschöpfung durch Heimerziehung im Landkreis Bernkastel-Wittlich

Die Daten, die den Koblenzer Forschern als Grundlage dienten, stammen aus einer Sondererhebung, in der alle im Landkreis Bernkastel-Wittlich angesiedelten Heimerziehungseinrichtungen (§ 34 SGB VIII) befragt wurden. Sie beruhen auf den Angaben der Träger.

Für die 389 Mitarbeitenden in der Heimerziehung in diesem Landkreis werden insgesamt 12.101.441 Euro Arbeitgeber-Personalkosten (brutto) gezahlt. Hieraus resultieren 2.006.267 Euro an Lohnsteuern und 3.692.723 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt entstehen so 5.698.990 Euro direkte Rückflüsse. Darüber hinaus zahlen Einrichtungen weitere Steuern (z. B. Kfz-Steuern). Für Investitionen, Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen wird Umsatzsteuer gezahlt. Diese sonstigen Steuer-rückflüsse betragen 226.399 Euro. Vom Staat erhielten die Heimerziehungseinrichtungen 17.767.898 Euro (bestehend aus Leistungsentgelt in Höhe von 17.721.204 Euro und Förderung von Bund und Land in Höhe von 46.694 Euro).

Für die Ausgaben der öffentlichen Hand bedeutet dies, dass für jeden Euro, der in die Heimerziehung von Bernkastel-Wittlich investiert wird, 33 Cent an die öffentliche Hand zurückfließen. Dazu kommt, dass 99 Prozent der Mitarbeitenden aus der Region Bernkastel-Wittlich kommen. Nach Abzug einer Sparquote und in Anlehnung an eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes errechnete das Team um Professor Sell einen umsatzsteuerpflichtigen Konsum durch induzierte Steuerrückflüsse in Höhe von 934.547 Euro.

Gleichzeitig weisen die Forscher nach, dass 100 Mitarbeitende aus der Heimerziehung die Beschäftigung von 18 Personen in anderen Branchen nach sich ziehen. Werden die direkten, indirekten und induzierten Rückflüsse an die öffentliche Hand zusammengenommen, dann fließen über die Hälfte der Ausgaben wieder in Form von Steuern und Sozialausgaben zurück.

Einordnung der Ergebnisse

In Rheinland-Pfalz arbeiten mehr als 175.000 Menschen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Über 145.000 davon sind in Einrichtungen der LIGA tätig. Dies entspricht 14 Prozent der Beschäftigten im Land. Damit gehört die Sozialwirtschaft neben dem Handel (14 Prozent) und dem Handwerk (25 Prozent) zu den größten Bereichen des rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktes.

Hinzu kommt, dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ihre Aufträge vorwiegend an lokale Unternehmen vergeben. Die Studie zeigt auf, dass aus der Beschäftigung von 60.000 Menschen in den untersuchten Teilbereichen der Sozialwirtschaft im Bundesland Rheinland-Pfalz zusätzliche 20.000 Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft in anderen Branchen geschaffen und gesichert werden.

Mit Ihren Untersuchungen konnten die Forscher belegen, dass ein Großteil der öffentlichen Ausgaben für die Altenpflege, Kinderbetreuung und Behindertenhilfe, nämlich 0,72 Euro pro aufgewendeten Euro, wieder in Form von Steuern und Sozialausgaben zurückfließen.

Zusammenfassung

Die Studie macht deutlich, dass die Sozialwirtschaft einen erheblichen, bislang völlig unterschätzten regionalen Wirtschaftsfaktor darstellt. Bemerkenswert sei zudem, dass die untersuchten Bereiche nicht oder kaum ins Ausland verlagert werden können.

Während ein Großteil der Kosten auf der Ebene der Kommunen anfallt, zeigten die Rückflussrechnungen, dass die monetären Hauptnutznießer bei der Nettokostenbetrachtung der Bund und die Sozialversicherungen sind. Ein „rationales“ Finanzierungssystem müsse die Ebenen, bei denen auch große Anteile der Rückflüsse verbucht werden, an der Regelfinanzierung der Leistungen beteiligen.

Von besonderer Bedeutung sei außerdem, dass die Sozialwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität betreuter Menschen und Ihrer Angehörigen leiste, der mit Geld nicht aufzuwiegen sei.

Die Studie „MehrWertSchöpfung. Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz“ von Nicole Kukula, Stefan Sell und Birte Tiedemann mit Auswertungen und Ergebnissen zu allen er-hobenen Sektoren wird in Buchform erscheinen. Die Kurzfassung der Studie steht [hier](#) zum Download bereit.

Nachlass-Fundraising

Nachlässe sind eine zunehmend wichtigere Einnahmequelle für gemeinnützige Organisationen. Noch nie verfügten die Deutschen über mehr Vermögen als heute. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen keine Kinder und damit keine direkten Nachkommen für Ihr Erbe. Tod und Geld sind in Deutschland jedoch heikle Themen, über die ungerne gesprochen wird. Daher bedarf es bei Spendenorganisationen viel Fingerspitzengefühl und präziser Vorarbeit, um das Thema anzugehen.

Der Dialog mit potenziellen Testamentspendern sollte wohlüberlegt begonnen werden. Wenn derartige Begegnungen mit einer gesunden Mischung aus Diskretion und Offenheit geführt werden, können sie darüber entscheiden, ob eine Organisation im Nachlass bedacht wird. Was man dabei beachten sollte und wie die Kontakt- und Beziehungspflege aussehen kann, behandelte das Seminar „Nachlass-Fundraising“ von Stefanie Kirwald, ANF Agentur für Nachlass-Fundraising GmbH, auf dem Deutschen Fundraising-Kongress 2014 in Berlin.

Wie Kirwald berichtete, kommt ihrer Erfahrung nach etwa die Hälfte der Testamentspenden von Personen, die bis zum Eintritt des Erbfalls der bedachten Organisation nicht bekannt waren. Zu Lebzeiten spendeten sie nichts oder nur wenig, obwohl sie womöglich erwogen, ihren Nachlass oder Teile davon einer Organisation zu vermachen. Kirwald empfiehlt, von solchen Testamentspendern Profile anzulegen, um im Rahmen der gesetzlichen Datenschutzregelungen möglichst viele Eigenschaften von ihnen zu registrieren. Je mehr man über frühere Nachlassspender und ihre Motive wisse, desto eher könne man neue potenzielle Kandidaten ausfindig machen und vertrauensvoll ansprechen.

Mittel und Wege adäquater Beziehungspflege

Wenn eine Person den Erstkontakt zu einer Organisation aufnimmt, z. B. durch einen Anruf, die Bestellung einer Broschüre oder den Besuch einer Infoveranstaltung, solle auf jeden Fall ein Follow-up stattfinden, um die Person näher kennenzulernen und einordnen zu können. Eventuell sei ein potenzieller Nachlassspender darunter. Informationen aus Gesprächen und Telefonaten, Reaktionen und Feedback sollten dokumentiert werden. Dabei sei auch zu erfassen, wie und wie oft jemand gerne kontaktiert werden möchte. Manche Menschen bevorzugten einen Besuch, andere ein Telefonat oder einen Brief, wieder andere möchten gar keinen Kontakt. Über den individuell passenden Kommunikationskanal könnten Organisationen Einladungen aussprechen, ohne zu bedrängen. Dabei sollte man deutlich machen, „dass ein Nein immer drin ist“. Kirwald, die lange in den Niederlanden gelebt hat, zitierte das holländische Sprichwort „Ein Nein hast Du schon, ein Ja kannst Du kriegen“.

Auch wenn eine Person bereits entschieden habe, eine Organisation in ihrem Testament zu bedenken, sei eine langfristige Beziehungspflege nötig. Manchmal könnten die Früchte der Bemühungen im Nachlass-Fundraising erst zwanzig bis dreißig Jahre später geerntet werden. Gerade dann sei es wichtig, den individuellen Bedarf zu erkennen, wie jemand informiert und eingebunden werden möchte. Dass man sich dabei jedoch auch abgrenzen müsse, illustriert das Beispiel eines Seminarteilnehmers: Er berichtete, dass eine ältere Dame, die seine Organisation in ihr Testament aufgenommen hatte, jedes Wochenende mit ihm essen gehen wollte. Professionell und feinfühlig Grenzen zu setzen, gehöre auch zur Grundkompetenz des Nachlass-Fundraisers, so Kirwald.

„Geben Sie mir ein Lernmoment“

Darüber hinaus sei es auch wichtig, die „Abwicklungskompetenz“ eines Nachlasses sicherzustellen. Einen Nachlass zu übernehmen, ist häufig mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Bei unklaren Testamenten, besonderen Auflagen, nicht verkauften Häusern, sinkenden Aktienkursen o. ä. kann es schnell kompliziert werden. Wie geht man beispielsweise damit um, wenn zu den Bedingungen im Testament gehört, das Haus auszuräumen, das Grab zu pflegen oder die Haustiere zu versorgen? Die Mitarbeiter einer Organisation seien in solchen Situationen leicht überfragt und können die Abwicklung des Nachlasses nicht ausreichend kontrollieren. Hier seien kompetente Partner wichtig, die man in einem solchen Fall hinzuziehen könne.

Und wenn es dann einmal doch nicht klappt und ein sicher geglaubter Testamentspender wieder abspringt, sollte man immer versuchen, die Gründe dafür herauszufinden, so Kirwald. Durch einen Anruf beim Notar oder bei der Person selbst mit der Bitte um ein „Lernmoment“, können eventuell gemachte Fehler in der Zukunft vermieden werden.

Weitere Informationen zum Thema Nachlass-Fundraising bietet die [Website der Agentur für Nachlass-Fundraising \(ANF\)](#) in Berlin.

Arbeitsmarkt

Mindestlohnregime in Europa

Mit Beginn des Jahres 2015 wird in Deutschland eine gesetzlich bindende allgemeine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro eingeführt werden. 21 Mitgliedstaaten der EU verfügen bereits über einen Mindestlohn. Vor dem Hintergrund einer weiter voranschreitenden Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes und angesichts stark divergierender Lohnniveaus in Europa, wird es einmal mehr notwendig, die nationale mit der europäischen Situation zu vergleichen.

Eine kürzlich erschienene Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Mindestlohnregime in Europa erörtert die Unterschiede in der Ausgestaltung des Mindestlohns, die konkrete Festlegung der Mindestlohnniveaus sowie die Rollen von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Da die Details der Ausgestaltung des deutschen Mindestlohngesetzes noch nicht feststehen, will der Bericht dazu beitragen, aus den positiven und negativen Erfahrungen der europäischen Nachbarn eigene Lehren zu ziehen.

Universelle und sektorale Mindestlohnregime

Grundlegend wird zwischen zwei Mindestlohnregimen unterschieden. Bei der universellen Mindestlohnregelung wird eine allgemeine Lohnuntergrenze festgesetzt. Dieser Mindestlohn gilt in der Regel für alle Beschäftigten, außer es werden Sonderregelungen etwa für jugendliche Arbeitnehmer etc. erlassen. Im Gegensatz zu diesem System werden beim sektoralen Mindestlohnregime die Mindestlöhne für bestimmte Branchen- oder Berufsgruppen festgesetzt. Derzeit existiert in sieben Mitgliedstaaten ein sektorales Mindestlohnsystem, darunter sind Dänemark, Finnland, Schweden sowie Österreich.

Als entscheidend für die Reichweite der Mindestlohnregime gelten die Instrumentarien zur Festlegung des Mindestlohns. So kommen diese entweder per Gesetz zustande oder werden in Tarifverträgen bzw. in Vereinbarungen zwischen den drei Parteien Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat vereinbart. In den meisten Mitgliedstaaten mit universellem Mindestlohnregime bildet ein Gesetz die Grundlage, so auch in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und in vielen südeuropäischen Staaten.

In allen sektoralen Regimen (mit Ausnahme von Zypern) werden Mindestlohnverhandlungen über Tarifverträge geführt. Allerdings trifft in einigen osteuropäischen Ländern, z. B. in Bulgarien und Polen, nach gescheiterten Verhandlungen der Sozialpartner der Gesetzgeber die letzte Entscheidung.

Mindestlohnregime und Tarifbindung

In Ländern, in denen eine hohe Tarifbindung besteht und damit ein großer Anteil der Beschäftigten einem Tarifvertrag unterliegt, seien gesetzliche Regelungen meist überflüssig. Hier könnten weitgehend autonome Tarifverhandlungen durch starke Gewerkschaften geführt werden. Die stärksten Tarifbindungen weisen u. a. Österreich (97 Prozent), Belgien (96 Prozent) und Frankreich (92 Prozent) auf. Mitgliedstaaten mit einer niedrigeren Tarifbindung wie Deutschland (58 Prozent) ließen zu viele Beschäftigte aus dem Mindestlohnraaster fallen, sodass eine gesetzliche Regelung in diesen Ländern mit der Zeit stärker befürwortet wird. In universellen Mindestlohnregimen können tarifliche Lohnfestsetzungen unterschiedlich wirken. In Ländern mit

eher schwach ausgeprägter Tarifbindung erfüllt der Mindestlohn eine Art Ankerwährung für die Lohnfindung. Bei stark ausgeprägter Tarifbindung kann er entweder auf die unteren Lohngruppen einen starken Einfluss ausüben oder aber, wenn nur eine sehr kleine Gruppe nicht-tarifgebundener Beschäftigter betroffen ist, ist kaum eine Wirkung auf die Lohnfindung feststellbar.

Mindestlohniveaus im europäischen Vergleich

In universellen Mindestlohnregimen variieren die Mindestlöhne zwischen 11,10 Euro pro Stunde in Luxemburg und 1,04 Euro in Bulgarien. Die Einbeziehung der jeweiligen Kaufkraft lässt dabei einen Vergleich unter dem Aspekt der Lebenshaltungskosten zu und verringert die Mindestlohn-Unterschiede leicht (9,02 Euro in Luxemburg und 2,04 Euro in Rumänien). Bei der Analyse des Mindestlohns im Verhältnis zum nationalen Lohngefüge variierten im Jahr 2012 die Mindestlöhne in der EU zwischen 62 Prozent und 36 Prozent gemessen an den Medianlöhnen, wobei die Mehrzahl der Länder zwischen 45 Prozent und 55 Prozent lag. Deutschland lag bei 51 Prozent des Medianlohns. Dies ist insgesamt ein geringes Niveau, wenn man sich vor Augen führt, dass nach internationalen Konventionen die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des Medianlohns liegt und bei einem Lohnniveau unterhalb von 50 Prozent des Medianlohns die Armutsschwelle definiert ist.

Innerhalb der universellen und der sektoralen Regime kommt es zu unterschiedlichen Mindestlohniveaus. So weisen beispielsweise einige osteuropäische Länder mit schwach ausgeprägtem Tarifvertragssystem und niedriger Tarifbindung sowie Großbritannien und Deutschland einen sehr hohen Niedriglohnsektor aus. Ein vergleichsweise hohes Mindestlohniveau besteht in skandinavischen Ländern mit einer hohen Tarifbindung oder auch in Belgien und Frankreich. Generell sei auszumachen, dass Länder, in denen tarifvertragliche Mindestlöhne oberhalb der nationalen Mindestlöhne liegen, nicht nur Ausdruck eines insgesamt höheren Lohnniveaus sind, sondern auch für eine egalitäre Lohnstruktur stehen.

Effizienz von Mindestlohnregimen

Neben der Reichweite von Mindestlohnregulierungen und der Sicherstellung eines angemessenen Mindestlohns kann noch ein weiterer Faktor die Effizienz von Mindestlohnregimen beeinflussen; die regelmäßige Weiterentwicklung des Mindestlohniveaus. Es sind gegenwärtig vier Modelle der Mindestlohnanpassung in der EU zu finden. Bei der Indexierung erfolgt eine quasi automatische Anpassung, basierend auf bestimmten ökonomischen Kennziffern wie etwa der Lohnentwicklung, der Preisentwicklung oder einer Kombination aus beidem, was aktuell in Frankreich praktiziert wird. Die garantierte Mindestanpassung kann darüber hinaus durch politische Anpassungen ergänzt werden. Diese Möglichkeit sollte, so der Bericht, besonders in den Fällen genutzt werden, in denen der Mindestlohn im Vergleich zum Lohnniveau nicht mehr ansteigt.

In dem zweiten Modell, das zukünftig auch für Deutschland gilt, werden Anpassungen über Verhandlungen zwischen zwei oder drei Parteien umgesetzt. Jedoch fehle insbesondere der Gewerkschaftsseite bei den Verhandlungen das Druckmittel, um Forderungen durchzusetzen, weswegen in vielen Ländern Auffanglösungen geschaffen wurden, wie etwa eine letztliche Anpassung durch den Staat.

In einem dritten Modell finden Konsultationen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie weiteren beratenden Gruppen

statt; die abschließende Entscheidung fällt jedoch der Staat. In Ländern wie Großbritannien und Spanien findet sich dieses Modell wieder. Ein Vorteil solcher Konsultationen ist die Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz durch die Einbeziehung verschiedener Interessengruppen.

Schließlich verfolgen einige Länder (wie Griechenland und Rumänien) ein Entscheidungsmodell, bei dem allein der Staat ohne vorgegebene Regeln über die Anpassungen des Mindestlohnes entscheidet. Dies macht die Anpassungen jedoch stark von der Politik abhängig und nimmt ihnen ein entscheidendes Effizienzkriterium, die Regelmäßigkeit.

Der europäische Vergleich der Entwicklung der nationalen Mindestlöhne zeigt in der Praxis allerdings, dass es nur sehr graduelle Veränderungen gibt und Erhöhungen der Mindestlöhne selten sind. Insbesondere nach 2008 blieben die Mindestlohnanpassungen hinter der Inflationsentwicklung zurück.

Was kann Deutschland von seinen Nachbarn lernen?

Vor dem Hintergrund eines immer größer werdenden Niedriglohnssektors in Deutschland sei es wichtig, ein möglichst effizientes Mindestlohnregime einzuführen. Mit einem, so der Artikel, relativ niedrigen Einstieg von 8,50 Euro liegt Deutschland im europäischen Vergleich an sechster Stelle. Hinzu kommt, dass der Mindestlohn bis zum 1. Januar 2018 nicht angepasst werden soll. In dieser Zeit würde der Mindestlohn erheblich an realem Wert verlieren und hinter dem allgemeinen Lohngefüge zurückfallen.

Als Anpassungsmodell sieht der Koalitionsvertrag in Deutschland ein Verhandlungsmodell zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vor. Allerdings zeugten die Erfahrungen in anderen europäischen Staaten von einer wenig effektiven Wirksamkeit solcher Verhandlungen. In der Praxis ergeben sich oftmals Blockadesituationen, die in vielen Ländern durch Ausweidlösungen aufgeklärt werden müssen. In Deutschland soll in einem solchen Fall ein alternierend von Gewerkschaften und Arbeitgebern bestimmter Vorsitzender gewählt werden, der abschließend entscheidet. Dies berge weiteres Konfliktpotenzial. Eine gesetzlich garantierte regelmäßige Mindestanpassung könne perspektivisch die Entwicklungsdynamik der Mindestlöhne sicherstellen.

Die Studie plädiert schließlich für eine stärkere Verantwortung durch den Staat, da es sich bei der Höhe des Mindestlohns um eine gesellschaftspolitische Frage handle.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Mindestlohnregime in Europa ... und was Deutschland von ihnen lernen kann“ von Thorsten Schulten kann [hier](#) abgerufen werden.

Multitasking – leistungssteigernd oder überfordernd?

Multitasking ist ein wesentliches Merkmal der modernen, immer schneller werdenden Arbeitswelt. Es wird mit hohen Leistungsanforderungen, Druck und besonderer Eignung für moderne Berufe verbunden. Aber ist Multitasking wirklich

erstrebenswert oder führt es eher zu Fehlern? Ein Projekt der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) untersuchte Fehlererkennungs- und Fehlerverarbeitungsprozesse im Zusammenhang mit Multitasking. Der Abschlussbericht zeigt, dass gleichzeitiges Bearbeiten von Aufgaben deren Ausführung beeinträchtigt und die Fehlerverarbeitung verändert.

Multitasking und häufige Arbeitsunterbrechungen gehören an vielen Arbeitsplätzen schon längst zum Alltag. Arbeitsprozesse und Entwicklungen der modernen Informations- und Kommunikationstechnik verdichten sich zunehmend in der Arbeitswelt, sodass Beschäftigte dazu neigen, mehrere Anwendungen zu nutzen und mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erledigen. Im Rahmen des BAuA-Projekts erforschten Experten, ob im Gehirn eine simultane Verarbeitung von zwei aufmerksamkeitsintensiven Prozessen möglich und vorteilhaft ist.

Zur Bestimmung altersabhängiger Effekte wurden zwei Gruppen von Personen im erwerbsfähigen Alter untersucht (20- bis 35-Jährige und 50- bis 60-Jährige). Die insgesamt 41 Probanden bearbeiteten zeitgleich eine visuell-manuelle Computeraufgabe und eine auditiv-sprachliche Entscheidungsaufgabe. Mit einem speziellen Verfahren wurden Parameter hirnelektrischer Aktivität ausgewertet. Unter anderem wurden Verhaltensdaten wie Reaktionszeiten, Fehlerraten und fehlerbedingter Reaktionsverzögerung beurteilt. Ziel war es, eine Verbindung zwischen Multitasking und dem modernen Bildschirmarbeitsplatz zu schaffen.

Parallele Bearbeitung erscheint subjektiv effizienter

Wie schon in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellt wurde, neigen Menschen bei zwei zeitlich kurz nacheinander eingehenden Informationen dazu, beide Arbeitsanforderungen möglichst parallel zu verarbeiten. Um Aufgaben nacheinander bearbeiten zu können, ist es notwendig, neu eingehende Informationen kurzfristig zu ignorieren und zurückzustellen. Dies erfordert ein vergleichsweise höheres Maß an fokussierter Aufmerksamkeit und kognitiver Kontrolle, also eine stärkere mentale Anstrengung, als die objektiv weniger effektive, scheinbar gleichzeitige Verarbeitung. Aus diesem Grund wird Multitasking der sukzessiven Arbeitsfolge spontan vorgezogen.

Obwohl Multitasking subjektiv häufig als effizienter erlebt wird als die Bearbeitung von Aufgaben der Reihe nach, lieferten die laborexperimentellen Untersuchungen jedoch ernüchternde Ergebnisse. So zeigt die aktuelle Studie, dass häufige Arbeitsunterbrechungen und Informationsüberflutung mit weitreichenden Konsequenzen verbunden sein können.

Je höher die kognitive Beanspruchung der gleichzeitig auszuführenden Tätigkeiten, umso mehr Zeit- und Ressourcenverluste, Qualitätseinbußen und physiologische wie psychische Fehlbeanspruchungen wurden beobachtet. Vor allem dann, wenn beide Aufgaben eine kontrollierte Verarbeitung erfordern, müsse beim Multitasking von einem potenziellen Risiko ausgegangen werden, dass ein Teil der Fehler nicht erkannt und nicht behoben werde. „Unter bestehendem Zeitdruck wird es folglich nicht adäquat gelingen, das Fehlverhalten an aktuell vorherrschende Bedingungen anzupassen und aus Fehlern zu lernen“, stellt die Autorin des Berichts fest. Bei Tätigkeiten mit weitreichenden Fehlerkonsequenzen, die eine bewusste Verarbeitung und Aufmerksamkeit erfordern, sei unbedingt vom Multitasking abzuraten.

Multitasking mit zunehmendem Alter schwieriger

Die Studie beobachtete weiterhin, dass ältere Personen größere Schwierigkeiten hatten, die notwendige kognitive Kontrolle zu erbringen, da ihnen das Ignorieren aufgabenirrelevanter Stimuli im Vergleich zu jüngeren Probanden deutlich schlechter gelang und sie ihr Verhalten nach Fehlern seltener änderten. Wenn sie es jedoch fertig brachten, die Informationsflut auszublenden, so zeigten ältere Probanden zwar längere Reaktionszeiten, aber eine tendenziell geringere Fehlerrate. Unter Zeitdruck sei allerdings eine Verschlechterung der Leistung zu erwarten. Tätigkeiten, die eher auf Wissen und Routine basieren, bereiteten den älteren Probanden dagegen deutlich weniger Schwierigkeiten als den jüngeren.

Bei nicht automatisierten Aufgaben gelang es allerdings weder den jüngeren noch den älteren Probanden, zwei Prozesse gleichzeitig fehlerfrei zu verarbeiten.

Empfehlungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Da Menschen intuitiv zur scheinbar parallelen und verschachtelten Aufgabenbearbeitung neigen, reichten, so der Bericht, bloße Hinweise auf die Nachteile von Multitasking nicht aus, um Beschäftigte von dieser Arbeitsmethode abzuhalten. Stattdessen sollten Betriebe versuchen, die Arbeitsumgebung und Arbeitsgestaltung so zu organisieren, dass die Informationsflut am Arbeitsplatz effektiver beherrscht werden könne. Dies betrifft insbesondere Arbeitsplätze, an denen Fehlhandlungen gravierende Verluste und bedrohliche Konsequenzen verursachen können.

Wenn die Anzahl der oft nicht notwendigen störenden Faktoren wie zum Beispiel E-Mail-Benachrichtigungen reduziert werde, könne die Arbeitsleistung bereits deutlich verbessert und die Beanspruchung der Mitarbeiter gesenkt werden.

In Berufen mit unvermeidbaren Multitasking-Anforderungen könnten Schulungsmaßnahmen dazu beitragen, die Leistung zu verbessern. Auch bei automatisierten Tätigkeiten und geringer Gefahr gravierender Fehlhandlungsfolgen, könne mit gezieltem Training und zunehmender Übung ein besseres Ergebnis erzielt werden.

Der Bericht der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin „Multitasking und Auswirkungen auf die Fehlerverarbeitung. Psychophysiologische Untersuchung zur Analyse von Informationsverarbeitungsprozessen“ von Xenia Weißbecker-Klaus kann [hier](#) abgerufen werden.

Bildung

Erhöhte Stressbelastungen bei Erzieherinnen und Erziehern

Mit der Einführung des Kinderförderungsgesetzes im Jahre 2008 haben sich zusätzlich zu den anspruchsvollen Regelaufgaben neue Pflichten und Belastungen für Erzieher und Erzieherinnen in Kindergärten und Kitas ergeben. Der gesetzliche Anspruch auf einen U3-Platz, der seit August 2013 besteht, hat darüber hinaus einen immensen Druck bei Kommunen, Trägern, Einrichtungen und nicht zuletzt bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen erzeugt, der sich teilweise auch auf die Gesundheit auswirkt.

Dass Angehörige der Sozial- und Erziehungsberufe besonders häufig von stressbedingten Beschwerden und Erkrankungen betroffen sind, zeigt sich seit Jahren in der Krankheitsstatistik. 2011 kamen beispielsweise 12,4 Diagnosen für psychische Störungen und Erkrankungen auf 100 Versicherte aus diesem Beschäftigungsbereich. Der bundesdeutsche Gesamtdurchschnitt lag im gleichen Zeitraum lediglich bei 8,3.

Um genauer zu untersuchen, inwieweit Kindergärtnerinnen und Kindergärtner unter beruflichem Stress leiden und ob sie ein erhöhtes Risiko für stressbedingte Störungen, insbesondere Burnout, tragen, hat das Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Aachen eine umfangreiche Studie zu den Berufsbelastungen von Erzieherinnen und Erziehern durchgeführt.

Methodik der Studie

Für die Studie wurden zwischen September und November 2012 fast 850 Erzieher/-innen zwischen 18 und 65 Jahren zu den speziellen Belastungen ihres Berufes befragt. 94 Prozent der Befragten waren weiblich. 24 Prozent der Studienteilnehmer waren im Alter zwischen 26 und 33 Jahren, 22 Prozent zwischen 50 und 57 Jahre alt. Der Großteil der Befragten war in einer Kindertagesstätte oder in einem Familienzentrum tätig, lediglich 12 Prozent arbeiteten in einem Kindergarten mit Halbtagsbetreuung. 40 Prozent der Teilnehmer übten eine Leitungsfunktion aus. 15,5 Prozent der befragten Personen arbeiteten in einer Einrichtung in einem sozialen Brennpunkt.

Die untersuchte Stichprobe kann jedoch nicht unbedingt als repräsentativ gelten, da keine Zufallsauswahl der befragten Personen („Randomisierung“) möglich war und weil die Studienteilnahme zu einem wesentlichen Teil über einen im Internet frei zugänglichen Online-Fragebogen erfolgte. Aus diesem Grund müssten die vorliegenden Befunde mit der gebührenden Vorsicht interpretiert werden, schränken die Wissenschaftler die Tragweite der Ergebnisse ein.

Stressfaktoren

Stressquelle Nummer eins der Berufsbelastungen für Erzieherinnen sei die mangelhafte Personalausstattung in den Einrichtungen, ermittelte die Studie. „Niemand berücksichtigt die hohen Ausfallzeiten der Mitarbeiterinnen durch Krankheit, Urlaub, Fortbildungen, Bildungsurlaub und Fehlzeiten durch Überstundenabbau“, lautet eine mehrfach geäußerte Beobachtung im Rahmen der Fragebogenstudie. Das habe vielfältige Folgen für den Arbeitsalltag: Die Gruppen seien zu groß, der

Betreuungsschlüssel unzureichend, Zeitdruck und Mehrarbeit wegen erkrankter Kolleginnen nähmen zu.

Weitere Stressoren im Kita-Alltag sind laut der Studie der Geräuschpegel in den Gruppenräumen und die umfangreichen Dokumentationspflichten, die gemäß der Einschätzung einer Teilnehmerin zu einer „Über-Bürokratisierung des Berufs“ führen. Kinder mit deutlichen Disziplinproblemen, einem zusätzlichen Betreuungs- und Förderbedarf und Verhaltensauffälligkeiten stellten ebenfalls starke Berufsbelastungen der Erzieherinnen dar. Viele der befragten Erzieherinnen beklagten auch die überhöhten Ansprüche mancher Eltern oder deren Neigung, Erziehungs- und Bildungsaufgaben an die Kita zu delegieren. In der Studie zeigte sich sogar, dass die Mehrheit der befragten Erzieherinnen und Erzieher die Elternarbeit als wesentlich belastender und anstrengender erlebt als die Kinderbetreuung.

Zahlreiche kritische Kommentare in den Fragebögen bezogen sich auch auf strukturelle Misstände, sowohl auf institutioneller als auch auf sozial- und bildungspolitischer Ebene. Genannt wurden beispielweise die schlechte Bezahlung und die damit einhergehende fehlende gesellschaftliche Anerkennung des Erzieherberufs sowie eine in den Augen vieler Befragter falsche Bildungspolitik, die auf Kosten der Erziehungskräfte und auch der betreuten Kinder gehe.

Die Studie zeigt aber auch, dass trotz aller Berufsbelastungen Kindergärtner und Kindergärtnerinnen ihren Job lieben. Schwierige Kinder bewerteten sie zwar als anstrengende Herausforderung, viel größeren Stress aber bereiteten ihnen zu große Gruppen und gleichzeitig zu wenig Personal.

Negative Auswirkungen auf die Gesundheit

Insgesamt konnte die Hypothese nicht bestätigt werden, dass Erzieherinnen und Erzieher im Durchschnitt öfter krank seien als andere Arbeitnehmer. Je größer die Berufsbelastungen der Erzieherinnen und Erzieher seien, desto stärker seien jedoch auch ihre psychischen und psychosomatischen Beschwerden. Im Ergebnis ermittelte die fragebogenbasierte Untersuchung, dass viele Erzieherinnen und Erzieher extrem Burnout-gefährdet seien. Fast ein Fünftel der befragten Personen (18,9 Prozent) leide sogar unter sehr starken beruflichen Stressbelastungen und gelte damit als Hochrisikogruppe für Burnout. Und fast 15 Prozent der Befragten gaben an, unter deutlichen bis starken psychosomatischen und psychischen Beschwerden zu leiden.

Dass Erzieherinnen im Durchschnitt nicht häufiger krankgeschrieben sind als andere Beschäftigte könnte daran liegen, dass die meisten Erzieherinnen über eine hinreichende psychische Widerstandsfähigkeit gegenüber alltäglichen Stressbelastungen (Resilienz) verfügen, vermuten die Autoren. Nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch individuelle Persönlichkeitsmerkmale würden Unterschiede im Stresserleben bedingen.

Voraussetzungen für Verbesserungen

Die Studie folgert aus den Ergebnissen, dass eine ausreichende Personalausstattung eine zentrale Grundvoraussetzung für weniger stressige Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen in Kinderbetreuungseinrichtungen darstelle. Ein gesundheitsförderlicher Kita-Arbeitsplatz zeichne sich aus durch ein realistisches, zu bewältigendes Arbeitspensum, ausreichend Zeit für die Kinder, eine

angemessene Gruppengröße in Abhängigkeit vom Alter der betreuten Kinder, angemessene Möglichkeiten für Pausen und Erholung sowie tragfähige Lösungen bei Personalausfall. Da sich auch die Elternarbeit offenbar ganz erheblich auf das Belastungs- und Krankheitserleben von Erzieherinnen auswirke, bestehe auch hier ein Ansatzpunkt für Verbesserungen.

Empfehlungen für geeignete Maßnahmen der Stressprävention und der betrieblichen Gesundheitsförderung für Erzieherinnen konnten im Rahmen der Studie nur skizziert werden. Eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und effektive Angebote der Gesundheitsprävention gebe es jedoch nicht zum „Nulltarif“, so das Fazit der Wissenschaftler. In Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte erfordere es Mut seitens der politischen Entscheidungsträger, Geld für Verbesserungsmaßnahmen in die Hand zu nehmen, aber auch Gestaltungswillen und Augenmaß für richtige Prioritätensetzungen. Investitionen in gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher würden sich aber langfristig auszahlen, nicht zuletzt durch eine verbesserte Betreuungsqualität für die Kinder.

Die Studie „Berufsbezogene Stressbelastungen und Burnout-Risiko bei Erzieherinnen und Erziehern“ von Prof. Dr. Johannes Jungbauer und Sebastian Ehlen vom Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie (igsp) der Kath. Hochschule Nordrhein-Westfalen / Aachen kann [hier](#) abgerufen werden.

Europa

Politische Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen soll diesen die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein wichtiges Element ist dabei die politische Teilhabe, wiederzufinden in Artikel 29 der Konvention. Mit der Unterzeichnung dieser Konvention haben sich die Vertragspartner, zu denen auch sämtliche EU-Mitgliedstaaten sowie die EU selbst zählen, verpflichtet, die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Dennoch sind in Deutschland Menschen mit geistigen Behinderungen, welche gerichtlich vollständig unter Betreuung stehen, also in ausnahmslos allen Angelegenheiten Assistenz benötigen, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Obwohl das nur auf einen kleinen Prozentsatz der wahlberechtigten Deutschen mit Behinderungen zutrifft, sind es doch allein in Deutschland etwa 10.000 Personen, denen das Wahlrecht aufgrund ihrer Behinderung entzogen wird. Kritiker dieser Regelung, darunter auch die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, sehen darin die generelle Unterstellung, dass die betroffenen Personen die Tragweite der Stimmabgabe nicht begreifen könnten. Zum Vergleich: In vielen EU-Staaten wie beispielsweise den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Österreich, gibt es diese Einschränkung für unter Betreuung gestellte Behinderte nicht.

Politische Teilhabe kann jedoch nicht allein auf das Wahlrecht reduziert werden, sondern umfasst auch die Möglichkeit, an sämtlichen politischen Aktivitäten teilzunehmen. Aus diesem Grund haben die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) und das Akademische Netzwerk für Europäische Experten zu Behinderungen (ANED) Daten zur Situation der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen 28 EU-Mitgliedstaaten gesammelt und ausgewertet. Kurz vor der Europawahl im Mai 2014 wurden die Ergebnisse in einem Bericht über das Recht zur politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Aufgrund der Erkenntnisse dieser Studie fordert die Europäische Grundrechteagentur folgende Schritte:

Abbau von rechtlichen und administrativen Hindernissen

Die EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, nationale Aktionspläne zu erstellen, um die politische Teilhabe behinderter Menschen zu fördern. Dies beinhaltet laut der FRA insbesondere die Änderung von Rechtsvorschriften, welche ihnen das Wahlrecht aberkennen, wie etwa die deutsche Einschränkung für komplett unter Betreuung gestellte Menschen mit Behinderungen. Stattdessen schlagen die Verfasser der Studie andere Formen der Stimmabgabe vor, beispielsweise für Menschen, die in Langzeiteinrichtungen leben. Eine weitere Alternative zum Entzug des Wahlrechts sei zudem, den behinderten Menschen Unterstützung für die Wahl zu ermöglichen. Administrative Hindernisse sehen die Grundrechteagentur und das ANED außerdem darin, dass oftmals kein Zugang zu Beschwerdeverfahren im Zusammenhang mit einer Wahl besteht. Sie schlagen den Mitgliedstaaten vor, Behindertenorganisationen das Recht zuzuschreiben, Verfahren bei einem Gericht anzustrengen.

Zugang zu Wahllokalen und Informationen

Neben den rechtlichen und administrativen Hindernissen zeigt die Studie, dass auch praktische Schwierigkeiten bei Wahlen in der

EU keine Seltenheit sind. Insbesondere die Wahllokale müssten den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerechter werden. Zwar gäbe es Fortschritte, um Menschen mit körperlichen Behinderungen den Zugang zu ermöglichen, geistig behinderte Menschen benötigen jedoch zudem eine angemessene Unterstützung am Wahltag.

Doch nicht nur die Zugänglichkeit von Wahllokalen sei oftmals problematisch, auch der Zugang zu Informationen über die Parteien und Kandidaten sei für eine vollständige politische Teilhabe notwendig. Diese sollten auch in Blindenschrift, der jeweiligen Gebärdensprache sowie in leicht verständlicher Sprache angeboten werden.

Aktive politische Teilhabe

Um den Vorgaben der UN-Behindertenkonvention in Bezug auf politische Teilhabe gerecht zu werden, müsse es Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden, sich auch über die Abgabe der Stimme am Wahltag hinaus aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Gegenwärtig sei es beispielsweise vielen geistig behinderten Menschen in der EU nicht möglich, an öffentlichen Konsultationen teilzunehmen. Auch sollte es für alle Menschen gleichermaßen realisierbar sein, für eine Wahl zu kandidieren.

Um dies zu ermöglichen, fordert die FRA professionelle Schulungen für Wahlleiterinnen und Wahlleiter, politische Parteien, staatliche Stellen und Medienvertreter darüber, wie sie den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können. In die Entwicklung solcher Anleitungen sollten die jeweiligen Behindertenorganisationen direkt mit eingebunden werden.

Diese Forderungen der EU-Grundrechteagentur hat im Vorfeld der Europawahl auch „Inclusion Europe“, der Europäische Verband für Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien, aufgegriffen und in einem Manifest veröffentlicht. In der eigens eingerichteten Kampagne „Voting for All!“ werden die Abgeordneten des Europaparlaments dazu aufgerufen, sich für die Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Menschen mit geistiger Behinderung und ihren Familien einzusetzen. Das Ermöglichen der politischen Teilhabe findet sich an oberster Stelle des Manifests wieder.

Da Forderungen allein oftmals wenig bewirken, bietet Inclusion Europe den Kandidaten der Europawahl Informationsmaterial und Beratung an, wie sie ihre jeweiligen Informationen zur Wahl behindertengerecht gestalten können. Ob dieses Angebot wahrgenommen und für zukünftige Wahlen auch umgesetzt wird, liegt nun an den Kandidaten.

Eine Zusammenfassung des Berichts ist in englischer Sprache [hier](#) abrufbar. Das Manifest zur Europawahl von „Inclusion Europe“ steht [hier](#) zum Download bereit.

Gesellschaft

Bierduschen künftig mit „Craft Beer“?

Der Artikel „Die Schaumoffensive“ kommt einem in den Sinn, wenn man die Bierduschen der Spieler des FC Bayern München am 17. Mai 2014 im Berliner Olympiastadion beobachtet, nachdem sie gegen Borussia Dortmund mit 2:0 den DFB-Pokal gewonnen haben. Dem Fernsehzuschauer wird in diesem Moment kurz bewusst, Fußball und Bier – dahinter verbirgt sich ein riesiges Geschäft. „Bierkrieg um die deutschen Fußballstadien“ titelte die Welt in ihrer Ausgabe vom 11. August 2013 und berichtete, wie Großbrauereien traditionelle Bier-Partner der Bundesligavereine aus den Fußballstadien verdrängen. Neben der Werbewirkung seien die Absatzzahlen gigantisch.

Dass neben den Großkonzernen mit ihren international bekannten Biermarken ein neuer Markt für kleine, regionale und handgemachte Biere entsteht, lässt sich vielerorts beobachten. In seinem Artikel „Die Schaumoffensive“ berichtete Uwe Pütz im März dieses Jahres in der Zeitschrift „mobil“ der Deutschen Bahn über diesen Trend.

Mit guten Zutaten und frischen Ideen entstünden zurzeit überall in Deutschland Biere mit Charakter. Der Autor stellt einige junge Brauereien vor und berichtet von ihren Anfängen und ihrer Art, miteinander umzugehen. Was den Internetgründern die Garage, sei diesen Start-up-Unternehmen der Keller, die Lagerhalle oder eine echte Brauerei, die sie kurz anmieten. Die Mikrobrauer verspüren keinerlei Angst vor der großen Konkurrenz. Bier sei zu köstlich, um es den Großbrauereien zu überlassen.

„Craft Brewer“ in Berlin

Obwohl der Jahresverbrauch in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre zurückgehe (von 140 Litern pro Kopf auf ungefähr 100 Liter), nehme die Anzahl der Braustätten wieder zu. Die meisten Jungunternehmen, die sich der Braukunst widmen, entstehen nicht in Bayern, sondern in Berlin, wo es sogar möglich sei, Brauwesen zu studieren. Der Autor hat in Berlin allein zehn Mikrobrauereien entdeckt. Gründe für diesen Boom in Berlin sieht er in den günstigen Mietpreisen und einer „um sich greifenden Lust zum Kleingewerbe“. Darüber hinaus hätten sich die Vorlieben der Berliner gewandelt. Neben „Sterni“, „Köpi“ und Berliner Kindl steige die Nachfrage nach neuen Bieren.

Die Start-ups im Biermarkt nennen sich Mikrobrauer oder Craft Brewer. Berlin werde zur Hauptstadt eines Trends, der in den 1970er Jahren in den USA seinen Anfang genommen und zwischenzeitlich auch Großbritannien und Skandinavien erreicht hatte. Ende Mai 2014 fand in Berlin-Friedrichshain bereits ein „Craft Bier Fest“ statt, welches „das Engagement dieser Neubrauer [feiert] und der jungen Craft-Bierszene der Hauptstadt eine ideale Plattform [bietet]“. Berlin sei dabei, der „Craft Bier-Hotspot Deutschlands“ zu werden, schreiben die Veranstalter auf www.braufest-berlin.de.

„Craft Beer“ ist handwerklich gebrautes Bier. Unter Craft-Beer-Betrieben in den USA verstehe man kleine, unabhängige und traditionelle Betriebe. Oft werde das Craft Beer in einem Atemzug mit Indian Pale Ale (IPA) genannt. Diese Sorte stehe für die Hinwendung der Newcomer zum Hopfen. IPAs enthielten bis zu vier Mal so viel Hopfen wie herkömmliche Biere. Fast alle geschmacklichen Neuentwicklungen kämen zurzeit aus dem Hopfen, so Frank Bröer, der Gründer der Messe „Braukunst live“. Das

"Handwerksbier" kommt aus kleinen Brauereien, die experimentieren und teils längst vergessene Bierstile wieder aufleben lassen. Sie verwenden besondere Malz- und Hopfensorten, aber mitunter auch Gewürze, Kaffee oder Früchte. Über Jahrzehnte habe sich das deutsche Reinheitsgebot, das allein die vier Zutaten Wasser, Gerste, Malz und Hefe erlaubt, als „deutsches Einheitsgebot“ erwiesen, das Innovationen ausbremste. Jetzt habe die Nachfrage sogar dazu geführt, dass in Deutschland neue Hopfensorten angebaut werden.

Der Weltmeister kommt aus Hamburg

Einen Weltmeistertitel hat Oliver Wesseloh bereits im vorigen Jahr errungen. Der Hamburger, der im Auftrag einer Großbrauerei Nordamerika bereiste und Craft-Beer-Hersteller kennenlernte, verwirklichte seinen Traum, ein eigenes Bier zu brauen. In Hamburg gründete er die Kreativbrauerei „Kehrwieder“. Mit ausrangierten Milchtanks, die er zu Sudkesseln umrüstete, braute er sein eigenes Bier. 2013 ist es ihm gelungen, unter fünfzig Kandidaten den Weltmeistertitel der Biersommeliers zu gewinnen. Bis heute sei er auf der Suche nach einem geeigneten Standort für sein Gewerbe. Er ziehe als Wanderbrauer durch das Land und miete Räume für die eigene Herstellung an.

Die Newcomer im Biermarkt gehen mit Optimismus zu Werke. Das Segment lebe nicht vom Mengenabsatz, sondern von der Vielfalt der Biere. Obwohl die Kleinbrauer bisher noch weniger als ein Prozent des Bierumsatzes in Deutschland erwirtschaften, zeigen sie sich aber überzeugt, mit ihren neuen Kreationen wieder neugierig auf Bier zu machen. „Es ist das besondere Geschmackserlebnis, was uns antreibt“, so Wesseloh. Er schätze die Offenheit unter den Kleinbauern. Die Rezepturen würden nicht im Safe liegen, man spreche drüber und jeder versuche dann, seine Ideen umzusetzen. Das mache die neuen Biere so spannend. Vielleicht kommt auch bei der Fußballweltmeisterschaft schon das eine oder andere „Craft Beer“ zum Einsatz...

Der Artikel „Die Schaumoffensive“ von Uwe Pütz aus dem Magazin „mobil“ der Deutschen Bahn ist [hier](#) abrufbar. Der Artikel „Bierkrieg um die deutschen Fußballstadien“, erschienen am 11.08.2013 in der „Welt“ steht [hier](#) bereit.

Materialien

Manfred Spitzer: Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen

München: Droemer, 2012, 368 S., 19,99 Euro, ISBN 978-3-426-27603-7

Selten hat ein Sachbuch so polarisiert wie Manfred Spitzers „Digitale Demenz“, das im August 2012 erschienen ist. Gegner und Befürworter diskutierten leidenschaftlich Spitzers Thesen zu den Auswirkungen von digitalen Medien auf die Gehirnentwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Kritiker hielten Spitzer vor, „bizarr, oberflächlich und mit verzerrten Bezügen“ (Süddeutsche Zeitung), polemisch und populärwissenschaftlich zu argumentieren. In der FAZ wurde Spitzer als „Krawallwissenschaftler“ und seine Ansichten als „Kulturpessimismus im Gewand der Naturwissenschaft“ bezeichnet. Andere Leser fühlten sich hingegen in ihren Befürchtungen bestätigt und verehren Spitzer für sein pointiertes und leidenschaftliches Engagement im Kampf gegen die drohende „digitale Demenz“.

Aus der Glücksforschung ist der Hirnforscher und Leiter der psychiatrischen Universitätsklinik Ulm Manfred Spitzer vielen Lesern bekannt. Mit seinen nicht unumstrittenen Bestsellern „Lernen“ (2002) und „Vorsicht Bildschirm! Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft“ (2007) wandte er sich verstärkt den Eltern und Lehrern zu.

Crashkurs in Neurologie

Einen Crashkurs in Sachen Hirnforschung liefert der erste Teil des Buches. Gleich einem Muskel wächst das Gehirn, wenn es beansprucht wird und baut sich ab, wenn es nicht gebraucht wird. Alles, was wir tun hinterlässt „Gedächtnisspuren“. Die Synapsen im Gehirn, die Verbindungsstellen zwischen den Zellen, vergrößern sich, wenn sie viele Impulse weiterleiten. Das Gehirn verändert sich ständig und passt sich seinem Gebrauch an. „Daher“, so Spitzer, „haben Sie nicht ein Gehirn, so wie Sie ein Herz oder zwei Nieren haben. Nein, Sie *sind* Ihr Gehirn!“ Das Gehirn, ergänzt Spitzer, sei schließlich das einzige Organ, dass man bei einer Transplantation lieber spenden als empfangen würde, da es alles enthalte, was einen Menschen, sein Leben und seine Erfahrungen ausmache.

So wie im Gehirn Neuronen, die kleinen grauen Zellen, nachwachsen oder sich ganze Hirnregionen vergrößern können, so können Gehirnzellen bei einer Demenz (von lateinisch „Abstieg“) auch absterben. Je höher ein Mensch in seinem Leben geistig gestiegen sei, desto länger verfüge er über „kognitive Reservekapazitäten“, die den Prozess der Demenz verlängern, bis er in seinen Grundfähigkeiten eingeschränkt ist. Die Höhe der geistigen Leistungsfähigkeit hängt wiederum von der Beanspruchung des Gehirns, kurz vom Lernen, ab.

Da die Grundlagen für die geistige Leistungsfähigkeit und das lebenslange Lernen in der Kindheit und Jugend gelegt werden, widmet sich Spitzer in seinem Buch vornehmlich der Art und Weise, wie Kinder lernen.

Computer nehmen uns geistige und körperliche Arbeit ab

Für die Speicherung im Gedächtnis ist die Tiefe der Verarbeitung eines Sachverhalts entscheidend. Je intensiver über etwas nachgedacht wird, desto besser prägt es sich ein. Wer zusätzlich Stift und Papier zur Hand nehme, um sich etwas aufzuschreiben, der nutze zusätzlich die für Bewegung zuständigen Areale des Gehirns und werde sich mit dem Lernen leichter tun. Bei digitalen Funktionen wie „Copy and Paste“, beim schnellen „Googlen“ oder beim Lesen eines Tweets würden Inhalte jedoch nur kurz und oberflächlich wahrgenommen, statt tief verarbeitet. Dementsprechend würden sie schlechter im Gehirn eingespeichert und schneller wieder vergessen. Von Computern, Laptops, Smartboards und anderen „Lernverhinderungsmaschinen“ im Klassenzimmer rät Spitzer aus diesem Grund ab. Für das Lernen sei es nach wie vor wichtig, dass Schüler von der Tafel abschrieben, statt den Text direkt auf ihr Laptop übertragen zu bekommen. Spitzer zitiert verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen, die ergeben hätten, dass das computergestützte Lernen einen „negativen Effekt auf die Leistung“ oder zumindest keine positive Wirkung habe.

Der Einfluss von Google auf das Gedächtnis

Die ständige Verfügbarkeit von Wissen im Internet, die Möglichkeiten, immer und überall jede Antwort nachschlagen zu können, wirke sich laut Spitzer enorm auf die Gedächtnisleistung aus. In mehreren psychologischen Studien sei nachgewiesen worden, dass man sich viel weniger merke, wenn man glaube, dass ein Computer die Aussagen sicher gespeichert habe. Auch würden unerledigte oder ergebnisoffene Handlungen durchschnittlich fast doppelt so gut behalten wie die erledigten. Was dagegen abgeschlossen sei und bei Bedarf im PC oder im Internet wiedergefunden werden könne, brauche das Gehirn nicht zu behalten. Das Gehirn lagere also Gedächtnisleistungen an digitale Datenträger oder die „Cloud“ im Internet aus und werde entsprechend weniger gefordert. Menschen würden sich unter diesen Umständen „mit größerer Wahrscheinlichkeit erinnern, wo etwas zu finden ist, als an die Details der Sache selbst“. Diese Unterforderung des Gehirns führe außerdem dazu, dass sich die Merkfähigkeit des Gehirns generell verschlechtere.

„Soziale“ Netzwerke

Wie Computer und Internet „nicht nur unser Denken, unser Gedächtnis und unsere Aufmerksamkeit, sondern auch unser Sozialverhalten“ verändern, zeigt Spitzer anhand von aktuellen Forschungsergebnissen im fünften Kapitel. Gerade für Kinder und Jugendliche, die sich noch in der Entwicklung befinden, sei es von großer Wichtigkeit, echte Kontakte in realen Gruppen zu haben, statt viel Zeit in sozialen Netzwerken wie Facebook zu verbringen. Nur durch die unmittelbare Interaktion mit anderen Menschen werde soziale Kompetenz aufgebaut. „Wenn es darum geht, zu lernen, wie man mit Menschen umgeht, gibt es keinen Ersatz für den Umgang mit Menschen“, zitiert Spitzer die amerikanische Neurowissenschaftlerin Abigail Baird. Die Anonymität der Internets bewirke dagegen ein geringeres Bemühen um ein angemessenes Sozialverhalten und führe bei Kindern und Jugendlichen zu weniger Gelegenheiten, ihre Sozialkompetenz zu entwickeln.

Wie lernen Kinder?

Immer mehr Eltern glaubten, so Spitzer, sie könnten ihre Kinder für das digitale Zeitalter rüsten, indem sie sie möglichst früh an digitale Medien herantühren. Baby-TV und Baby-DVDs wie „Baby Einstein“ machen mittlerweile einen beträchtlichen Marktanteil aus. Aber: Kleine Kinder können von ihrer Hirnentwicklung her Bild und Ton aus unterschiedlichen Quellen noch nicht ganzheitlich wahrnehmen und schnelle Bildfolgen nicht verarbeiten. „Die von Kindern unter drei Jahren vor Bildschirmmedien verbrachte Zeit ist verlorene Zeit“, beurteilt Spitzer diesen Trend. Entgegen der Hoffnung vieler Eltern lernten Kinder in diesem Alter von Bildschirmmedien nichts, sondern pausierten sogar in ihrer geistigen Entwicklung. Man könne sie in der Zeit genauso gut „in den Kohlenkeller sperren“, wie Spitzer es drastisch ausdrückt.

Auch im Kindergartenalter sei der Konsum von Bildschirmmedien nachweislich dem Lernen abträglich. Kinder lernen, indem sie im Gehirn neue Strukturen ausbilden. Ihre Gehirne sind noch besonders formbar. Da rund ein Drittel des Gehirns für den Bewegungsapparat zuständig ist, werde das Gehirn besonders gut ausgeprägt, wenn ein Kind auch motorisch gefordert sei. Dass Fingerspiele, Bewegungsspiele, körperliche Erfahrungen und andre sensomotorische Tätigkeiten das Lernen erleichtern, ist schon länger bekannt. Nicht zuletzt verdeutlicht das Wort „begreifen“ den motorischen Aspekt von geistigen Prozessen. Übertragen auf digitale Medien heißt dies bei Spitzer, ein Mausklick könne den realen und handelnden Umgang mit Gegenständen nicht ersetzen. Auch das Tippen auf einer Tastatur ersetze nicht das Schreiben mit einem Stift, weil das Schreiben zu einer verstärkten Aktivität in motorischen Hirnregionen führt. „Wer möchte, dass aus seinen Kindern Mathematiker oder IT-Spezialisten werden, der Sorge für Fingerspiele statt für Laptops in den Kindergärten“, so Spitzers Fazit. Die Nutzung digitaler Medien in Kindergärten und Grundschulen vergleicht Spitzer dagegen polemisch mit dem „Anfixen junger Menschen mit einer gefährlichen Suchtdroge“. Computer würden in Schulen unberechtigter Weise als „eine Art High-Tech-Version des Nürnberger Trichters“ angepriesen, mit dem Kinder endlich wie von selbst lernen könnten.

Abstumpfung als unerwünschter Nebeneffekt

Anschließend wendet sich Spitzer dem Einfluss von Gewaltcomputerspielen auf die Hirnentwicklung von Kindern und Jugendlichen zu. Da das Gehirn immer lerne, hinterlasse auch die mit Gewaltcomputerspielen zugebrachte Zeit Spuren in den kindlichen Gehirnen. Die beobachteten Veränderungen bei Kindern und Jugendlichen seien „zunehmende Gewaltbereitschaft, Abstumpfung gegenüber realer Gewalt, soziale Vereinsamung und eine geringere Chance auf Bildung“. Schon in einer Studie über nur vier Monate seien negative Auswirkungen einer Spielkonsole auf die Schulleistungen nachgewiesen worden. Andere experimentelle Studien hätten das Ergebnis erbracht, dass insbesondere das Einfühlungsvermögen durch Gewaltvideospiele geschädigt werde. Dies führte in den Experimenten wiederum zu weniger Hilfsbereitschaft gegenüber Mitmenschen in einer Notlage. Auf andere, nicht gewaltbetonte Computerspiele geht Spitzer in seinem Buch jedoch nicht ein.

Generation Google

Was die digitale Revolution aus Sicht der Hirnforschung längerfristig für die Menschen bedeutet, ist die Frage, der Spitzer im Folgenden nachgeht. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen die nach 1993 Geborenen, die als „Generation Google“ mit E-Mail, Handy, Videospiele und sozialen Medien aufgewachsen sind und denen heute besondere Kompetenzen bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zugeschrieben werden. Eine Untersuchung von Wissenschaftlern der British Library habe jedoch ergeben, dass es jungen Menschen schwer falle, die Qualität von Quellen richtig einzuschätzen. Zwischen wissenschaftlichen Studien und Meinungsäußerungen werde oft kein Unterschied gemacht. Gerade um sich im Netz zurechtzufinden, brauche man jedoch solides Vorwissen, um die Einzelinformationen in den Zusammenhang rücken zu können. Auch eine persönliche Beziehung zwischen Lernendem und Mentor sei wichtig, um Wissen aufzunehmen und zu verarbeiten.

Multitasking, Stress und Selbstkontrolle

Digitale Medien verleiten dazu, gleichzeitig viele verschiedene Tätigkeiten durchzuführen. Welche Auswirkungen das Multitasking auf das menschliche Gehirn hat, wurde in den letzten Jahren mehrfach untersucht. Von zwei verschiedenen Hypothesen wird dabei ausgegangen: Kann sich durch langfristiges intensives Multitasking die Aufmerksamkeit trainieren lassen? Oder führt Multitasking im Gegenteil eher zu einer Aufmerksamkeitsstörung? Aufgrund verschiedener Forschungsergebnisse hält Spitzer die zweite Annahme für wahrscheinlicher und meint, durch ständiges Hin- und Herwechseln trainiere man sich Oberflächlichkeit und Ineffektivität aktiv an: Die Konzentrationsfähigkeit „zerfasert“. Gerade für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sei dies nicht erstrebenswert. Sie würden dadurch die Fähigkeit zur Selbstkontrolle nicht ausreichend entwickeln und sich ständigem Stress aussetzen. Stresshormone bewirkten wiederum das Absterben von Nervenzellen im Gehirn und das schnellere Voranschreiten von Demenz im Alter. Unter Verweis auf verschiedene Studien betont Spitzer, dass der übermäßige Konsum digitaler Medien weitere gefährliche Auswirkungen wie Schlaflosigkeit, Übergewicht, Depressionen und Sucht nach sich ziehen könne.

Was tun gegen digitale Demenz?

Im hinteren Teil des Buches (Kapitel 13 und 14) befasst sich Spitzer sehr Streitbar mit der Frage, warum Politik und Gesellschaft nichts gegen diese Entwicklung unternähmen, obwohl in diversen Studien wissenschaftlich nachgewiesen worden sei, „dass digitale Medien langfristig unserem Geist enorm schaden“. Ausgiebig stellt Spitzer dar, welche seiner Meinung nach falschen Empfehlungen Ministerien, Behörden und andere öffentliche Einrichtungen Eltern und Schulen zum Umgang mit digitalen Medien geben.

Spitzer bestreitet nicht, dass digitale Medien „Teil unserer Kultur“ sind, aber ihr übermäßiger Konsum – vor allem im Kindes- und Jugendalter – schade erwiesenermaßen Körper und Geist. Daraus resultiert Spitzers Schreckgespenst, die „digitale Demenz“. Mit missionarischem Eifer listet Spitzer auf, wie man mit traditionellen Mitteln der drohenden Abwärtsspirale entgehen könne und endet mit dem leidenschaftlichen Appell: „Wir haben nichts außer die Köpfe der nächsten Generation, wenn es um unseren Wohlstand und den Erhalt unserer Kultur geht. Hören wir auf, sie systematisch zu vermüllen!“

Fazit

Bis heute hat das Buch nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: Angesichts der unaufhaltbaren Digitalisierung in allen Lebensbereichen und der fortschreitenden Verbreitung von Smartphones unter Kindern und Jugendlichen ist das Buch nach wie vor eine polarisierende Lektüre. Wenn man, wie „Die Welt“ schreibt „all dieses Getöse und den Pulverdampf aus Spitzers Rhetorik herausnimmt, bleibt ein Kern, über den man auch in Ruhe diskutieren könnte. Etwas weniger digitale Kost, Reduzierung der Dosis, frühkindliche Erziehung ohne Computer, die Dinge begreifen.“ Über diesen Kern nachzudenken, ist sicherlich lohnenswert.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-237
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de

Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de (Arbeitsmarkt)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Non-Profit-Management, Gesellschaft)
Tobias Nickl, t.nickl@eufis.de (Europa)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich